



Brüsseler Brief

Die EUD Brüssel informiert

Ausgabe Februar 2015



★ Grußwort des Vorsitzenden

Liebe Mitglieder unseres Brüsseler Verbandes,
liebe Freunde der Europa-Union Deutschland,

das Jahr 2014 ist Geschichte. Es war ein Jahr außerordentlicher Herausforderungen für die Europäische Union, und es hinterlässt einen zwiespältigen Eindruck.



In vielerlei Hinsicht hat sich 2014 ein Wende zum Besseren angedeutet: Die Wirtschaftsdaten in den von der Krise besonders hart betroffenen Staaten Irland, Spanien, Portugal und Italien weisen in eine positivere Richtung und die Länder kehren auf die Kapitalmärkte zurück. Auch in Griechenland hat sich die Lage stabilisiert, wenn auch die bevorstehenden Parlamentswahlen neue Unsicherheiten in sich bergen. Sie erschüttern aber nicht mehr die Eurozone als Ganzes.

In institutioneller Hinsicht hat die Union 2014 ihre Hausaufgaben gemacht. Der mehrjährige Finanzrahmen 2014-2020 ist, wenn auch verspätet und viel zu knapp bemessen, endlich in Kraft getreten und wird umgesetzt. Das neue, demokratisch gewählte Parlament hat seine Arbeit aufgenommen. Es hat mit der Durchsetzung des Spitzenkandidatenprinzips bei den Europawahlen einen wichtigen Erfolg bei der weiteren Demokratisierung der europäischen Institutionen geleistet und damit die Legitimitätsbasis europäischen politischen Handelns verbreitert. Jean-Claude Juncker hat der Kommission neue Konturen gegeben. Die Vizepräsidentenstruktur, die Reform des Verwaltungsaufbaus und ein auf das Wesentliche konzentrier-


tes Arbeitsprogramm für 2015 sind wichtige Voraussetzungen dafür, dass sich die EU in den kommenden Jahren weniger als zuvor im regulatorischen Klein-Klein verliert und sich einer kleineren Anzahl von, aber den wesentlichen Aufgaben widmet, und dies auf der Grundlage einer besseren Kommunikation mit den Bürgern und gesellschaftlichen Gruppen tut.

In Kiew gingen die Ukrainer zu Zehntausenden für europäische Werte auf die Straße und trotzten Gewalt und Repression. Europa hat zu keinem Zeitpunkt Zweifel daran gelassen, dass es den Reformkurs in der Ukraine politisch und wirtschaftlich unterstützt und dass völkerrechtswidrige Aggression bis hin zur Annexion ganzer Landesteile nicht hingenommen werden kann. Dass die Ukraine heute von einem demokratisch gewählten Präsidenten und einer demokratisch legitimierten Regierung mit einer glaubwürdigen Reformagenda regiert wird, ist auch das Ergebnis der Tatsache, dass die Europäische Union nach Jahren der Nabelschau zur Hoch-Zeit der Wirtschaftskrise neue Kraft gefunden hat, außenpolitisch zu agieren und ihre Wertvorstellungen auch nach außen hin wieder nachhaltiger zu vertreten.

2014 hat also bei näherer Betrachtung durchaus einige wichtige europapolitische Akzente gesetzt. Wie nachhaltig sind diese Entwicklungen aber? Bezeichnet es 2014 schon die Wende in eine ermutigende Zukunft des europäischen Projektes?

Der Brüsseler Verband der Europa-Union sucht eine/n Mithelfer/in für die Mitgliederverwaltung. Aufwand ist maximal 1,5 Stunden pro Woche. Bei Interesse bitte E-Mail an info@eud-bruessel.eu oder per Telefon 02 8086259





Wir sind noch weit davon entfernt, den Wind eines neuen Aufbruchs in Europa zu spüren. Makroökonomische Verbesserungen, so wertvoll sie sind, selbst wenn sie noch sehr verhalten ausfallen, hinterlassen bei den Bürgern erst dann Eindruck, wenn sie zu einer spürbaren Wende auf dem Arbeitsmarkt führen und wenn sich die sozialpolitische Lage verbessert. Davon ist in den meisten europäischen Mitgliedstaaten noch wenig zu sehen. Die sich weiter fortsetzende Erfolgsgeschichte der gemeinsamen Währung führt noch immer nicht dazu, dass wir europäischen Bürger uns über Ländergrenzen hinweg stolz darauf zeigen, was wir gemeinsam erreicht haben. Wo halt beispielsweise in deutschen Medien nach, das die Geldmarktpolitik der EZB und die Kursabschwächung gegenüber dem Dollar bei gleichzeitig fast schon gefährlich niedriger Inflation mindestens genauso viel zur wirtschaftlichen Belebung in Europa beitragen wie der Abwärtstrend bei den Ölpreisen? Wo wird gewürdigt, dass Litauen am 1. Januar als 19. Mitgliedsland der Eurozone beigetreten ist – und zwar sowohl aus wohlerwogenen wirtschaftlichen Gründen als auch, weil die Litauer im Euro ein Stück Zugehörigkeit zur europäischen Wertegemeinschaft erblicken: ein Stück Unabhängigkeit von der großen Macht im Osten, die sich gerade von europäischen Werten abzukehren scheint?

Von einem neuen europäischen Durchstarten sind wir offenbar noch ein ganzes Stück entfernt. Wenige haben den Mut, sich über die üblichen Politikfloskeln hinaus auch in der tagespolitischen Praxis zu Europa zu bekennen und wissen, dass die Errungenschaften des europäischen Projektes, die uns jeden Tag praktisch zu Nutzen kommen, schnell wieder zur Disposition gestellt werden, wenn sie nicht aktiv verteidigt und weiter konsolidiert werden. Das Erstarren diffuser, aber in keinem Fall den Werten der Europäischen Union zugeneigte populistischer Bewegungen sollte uns eine Mahnung sein, weiter deutlich ja zu Europa insgesamt und zu dieser Europäischen Union mit all ihren Unzulänglichkeiten zu sagen. Phänomene wie PEGIDA mögen ihre demokratische Berechtigung haben, weil ihr Auftreten wie ein Fieberthermometer Fehlentwicklungen in Politik und Gesellschaft anzeigt. Aber PEGIDA in Deutschland, die Cinque Stelle in Italien oder gar der Front National in Frankreich befinden sich in direktem Widerspruch zu allen Werten, Prinzipien und Errungenschaften, für die die Europäische Union steht und einsteht. Die EU mag nicht oder jedenfalls nicht

allein Ursache für das Auftreten dieser Kräfte sein. Aber sie wenden sich gegen die Politiken der Europäischen Union und hinterfragen letztlich die Berechtigung des europäischen Einigungsprojektes, das uns seit Jahrzehnten Frieden zwischen den Mitgliedstaaten und Wohlstand für breite Bevölkerungskreise ermöglicht hat. Europa ist herausgefordert, nicht nur als Währungszone. Europa muss handeln.


Die Europäische Union wird diese Herausforderung nur dann erfolgreich bewältigen, wenn sie sich auf das Wesentliche konzentriert und effizienter und wirksamer agiert. Das ist eine Anfrage an Brüssel, aber mehr noch an die Solidarität der Mitgliedstaaten untereinander und ihre Loyalität gegenüber den Beschlüssen, die sie gemeinsam in Brüssel treffen.

Die Europäische Union wird diese Herausforderung nur dann erfolgreich bewältigen, wenn sie glaubwürdig mit dem Bürger und mit gesellschaftlichen Gruppen kommuniziert. Wir brauchen eine EU, die zuhört, gesellschaftliche Tendenzen aufgreift und Europäische Bürgerbegehren als Teil moderner Governance ernst nimmt und auf ihr Handeln wirken lässt.

Die Europäische Union wird diese Herausforderung nur dann erfolgreich bewältigen, wenn sie den Binnenmarkt so vervollständigt, dass er die nötigen Impulse für Investitionen, Wachstum und Arbeitsplatzschaffung gibt, die Europa und seine Infrastrukturen modernisieren und der Generation der jungen Arbeitssuchenden echte Beschäftigungs- und damit Lebensperspektiven gibt.

Und die Europäische Union wird diese Herausforderung nur dann erfolgreich bewältigen, wenn unsere politischen Führer gemeinsam als Union unsere Interessen und Werte auf der internationalen Bühne vertreten: in der Ukraine und gegenüber Russland, in Syrien und dem Nahen Osten, wo Staaten in unseren Nachbarschaft implodieren wie in Libyen – oder wo globale Güter auf dem Spiel stehen wie bei den Weltklimaverhandlungen in Paris.

Wo so viel auf dem Spiel steht, ist für europapolitische Langeweile kein Raum. Dies wird sich in den zahlreichen Veranstaltungen zeigen, die Ihr Brüsseler Verband für das Jahr 2015 vorbereitet. Wir wollen erneut die Aufstellung der neuen Kommis-



sion kritisch begleiten, die Ergebnisse der Beratungen des Europäischen Rates debattieren und der Europapolitik den Puls fühlen.

Ihr Vorstand freut sich auf Ihr Engagement in diesen Veranstaltungen und für Ihren Verband. Für das noch junge neue Jahr 2015 wünschen wir Ihnen herzliche alles Gute und dankt Ihnen für Ihren Einsatz für die Sache Europas!

Ihr Dr. Michael Köhler

★ **Debattenbeiträge der Brüsseler Büros der Konrad-Adenauer-, der Friedrich-Ebert-, der Heinrich-Böll- und der Friedrich-Naumann-Stiftung.**

◆ **Dreisträngige Strategie zur Überwindung der Jugendarbeitslosigkeit**

Nach den Europaparlamentswahlen und der Ernennung der neuen Kommission kann sich die Europäische Union nun wieder dem Krisenmanagement widmen. Insbesondere die hohe Arbeitslosigkeit müssen die EU und ihre nationalen Regierungen meistern.

„Glaube keiner Statistik, die Du nicht selbst gefälscht hast!“

In Hinblick auf das Problem der Jugendarbeitslosigkeit in Europa wird in den Medien vielfach von einer verlorenen Generation gesprochen. Im Jahr 2013 erreichte die Anzahl jugendlicher Arbeitsloser einen Rekordwert von 23.4% in der Union. Besonders Südeuropa weist einen überproportionalen Anstieg in den letzten zehn Jahren auf. Spaniens Jugendarbeitslosenrate nahm von 22.6% auf 55.5% zwischen 2003 und 2013 zu. Die Zukunft der EU stehe auf dem Spiel, ist die gängige Schlussfolgerung. Es droht massive ökonomische Einbußen, Auswanderung von hochqualifizierten jungen Menschen, politische Radikalisierung, soziale Zerrüttung, Kriminalität und langfristige Beschäftigungsschwierigkeiten bei Heranwachsenden ebenso wie ein Akzeptanzproblem für die EU unter jungen Menschen. Doch hier ist Vorsicht geboten. Die Behauptung, über die Hälfte der jungen Menschen in südeuropäischen Ländern sei arbeitslos, ist so falsch. Jugendarbeitslosigkeit wird mithilfe zweier unterschiedlicher Instrumente gemessen: Zum einen mittels der Jugendarbeitslosigkeitsrate, welche den Anteil Arbeitsloser innerhalb der jugendlichen Arbeitsmarktteilnehmer be-

schreibt. Jugendliche, die sich in einer Ausbildung oder im Studium befinden, werden hierbei nicht berücksichtigt. Zum zweiten anhand der Jugendarbeitslosigkeitsratio. Sie beschreibt den Anteil jugendlicher Arbeitsloser an der gesamten Jugendbevölkerung. Beide Instrumente verhalten sich über der Altersgruppe der 15-24-Jährigen. Im Jahr 2013 belief sich die Rate in Spanien zwar auf 55.5%, die Ratio hingegen auf lediglich 21%. In Schweden zum Vergleich lag die Rate im selben Jahr bei 23.5% und die Ratio bei 12.8%. Eine genauere und differenziertere Datenanalyse zeigt ein deutlich harmloseres Bild hinsichtlich des Ausmaßes und der Exklusivität von Arbeitslosigkeit unter südeuropäischen Jugendlichen. Zudem sind die Statistiken mitunter verzerrt, da beide Instrumente ein mögliches Überlappen der Ausbildungs- oder Studiumsphase und der Arbeitsmarktteilnahme nicht in Betracht ziehen.


EU nur partiell im Obligo

Dennoch besteht Handlungsbedarf, da hohe Jugendarbeitslosigkeitszahlen in vielen Teilen Europas bereits vor der Wirtschafts- und Finanzkrise existierten. Die Ursachen der Jugendarbeitslosigkeit in Europa sind mannigfaltig, vor allen Dingen aber struktureller Natur. Jugendarbeitslosigkeit ist die Konsequenz defizitärer, nicht am Arbeitsmarkt orientierter Schul- und Ausbildungssysteme und Überregulierung. Da die Bereiche Arbeitsmarkt und Bildung keine EU Kompetenzen sind, liegt die primäre Verantwortung in der Hand eines jeden Mitgliedstaats. Die EU kann und sollte daher Instrumente zur Förderung europaweiter Mobilität zur Verfügung stellen und Investitionen unterstützen, die Unternehmen zur Einstellung bewegen. Vieles kann dabei kostenneutral allein durch Deregulierung erreicht werden.

Das Europabüro Brüssel (EBB) der Konrad-Adenauer-Stiftung versucht seinen Beitrag zur gesellschaftlichen Kooperation im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit zu leisten. Es vernetzt Akteure aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft miteinander und bietet eine Plattform zur Vermittlung von Wissen und Erfahrungen. So gab das EBB in der Vergangenheit Publikationen zum Thema Jugendarbeitslosigkeit heraus, informierte Besuchergruppen und organisierte Expertengespräche.

Insgesamt sieht die Adenauer-Stiftung drei Elemente als Bestandteile des Krisenmanagements:





genaue und differenzierte Datenerhebung und -analyse, nationale Reformverantwortungsübernahme und duale Berufsausbildungssysteme.

Dr. Stefan Gehrold, Leiter des Europabüros der Konrad-Adenauer-Stiftung, Brüssel
Hannah Tendency, Europabüro der Konrad-Adenauer-Stiftung, Brüssel

◆ Die EU umgeben von Krisengebieten und Failing States

Nachdem die EURO-Krise die politische Debatte der letzten Jahre in Europa dominierte, kehrte im Jahr 2014 die Außenpolitik mit Vehemenz auf die öffentliche Bühne zurück. Die EU sieht sich heute umgeben von Krisengebieten und „failing states“. Spätestens die Eskalation des Russland-Ukraine Konfliktes fordert die Union nun wieder in ihrer außen- und sicherheitspolitischen Kompetenz und Strategiefähigkeit heraus. Die BürgerInnen schreiben der EU hier eine klare Verantwortung zu und fordern ihre aktive Rolle nicht nur in unmittelbarer Nachbarschaft, sondern auch im Kontext der Globalisierung. Die alte Erzählung der EU als Friedensprojekt erlebt damit eine unerwartete Renaissance, wenngleich sie allein - zumindest für die jüngere Generation - nicht mehr identitätsverbürgend scheint. Entscheidend für eine starke Rolle der EU nach außen ist auch ihr Zustand im Inneren. Und dieser war lange nicht so prekär wie nach den vergangenen fünf Jahren Austeritätspolitik. In dieser Zeit haben viele BürgerInnen das Vertrauen in das Versprechen der EU auf Wohlstand, Solidarität und wirtschaftlicher Konvergenz verloren. Die EU steht dadurch inzwischen für Viele für die Bedrohung durch soziale Exklusion und wirtschaftlichen Abstieg. Europaskeptischen und populistischen politischen Kräften nützt dies zur gesellschaftlichen Verankerung ihrer Ideen.

Das Europabüro der Friedrich Ebert Stiftung versucht, durch Information, politische Beratung und die Vermittlung von Dialogen zwischen Zivilgesellschaft und Politik das Vertrauen in das europäische Projekt zurückzugewinnen und langfristig zu stärken. Es begleitet den europäischen Integrationsprozess, vermittelt die Interessen der Bundesrepublik Deutschland in Europa und arbeitet an der Gestaltung der Außenbeziehungen der EU mit. Dabei ermöglicht das europa- und weltweite FES-Netzwerk einen Dialog zu politischen, wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Fragen zu führen


- nicht nur zwischen Deutschland und Europa, sondern auch zwischen Europa und der Welt

Für einen derartigen Beratungsansatz bietet die aktuelle europapolitische Konjunktur vielfältige Ansatzmöglichkeiten. Die im November neu besetzte Europäische Kommission und das neue Europaparlament versprechen einen institutionellen und politischen Neustart: Die Kompetenzen des EU-Parlaments sind seit dem Lissabon-Vertrag gefestigt; der Vorschlag eines Kommissionspräsidenten durch eine parlamentarische Mehrheit hat die Achse zwischen EP und Kommission gestärkt. Die neu benannten Vizepräsidenten in der EU-Kommission weisen in Richtung klarer politischer Prioritäten.

An diesen Neustart sind hohe Erwartungen geknüpft, denn nach Jahren der Dominanz der Mitgliedstaaten (Rat) gegenüber der Gemeinschaftsebene, ist eine neue Balance zwischen den drei institutionellen Säulen der Europapolitik (Rat, Kommission, Parlament) gefragt, die das europäische Gesamtinteresse berücksichtigt.

Voraussetzung für die Wiederbelebung des europäischen Konvergenzversprechens wäre dabei aus Sicht der FES zunächst ein genereller Bewusstseinswandel weg von einer reinen Markt- und Wettbewerbslogik hin zu einem Verständnis von der EU als Solidargemeinschaft. In den Vordergrund sollten Fragen des sozialen Ausgleichs und die Stärkung der Nachfrageseite als Teil einer alternativen nachhaltigen Wachstumslogik rücken. Beinhalten könnte dies eine intelligenterere und flexiblere Auslegung des Euros-Stabilitäts- und Wachstumspakts. Hinzu käme eine voll funktionsfähige Bankenunion, weitere Finanzmarktreflexionen zur Einhegung des Nichtbankensektors, Überlegungen zum gemeinsamen Schuldenmanagement, neue Instrumente zur Bewältigung asymmetrischer wirtschaftlicher Schocks (z.B. europäische Arbeitslosenversicherung) sowie eine Strategie zum Umgang mit der bestehenden Investitionslücke. Ohne die Lieferung konkreter Ergebnisse in diesen Kernbereichen europäischer Politik, die in der Lebenswelt der BürgerInnen erkennbar werden, wird das Vertrauen in und damit auch die Legitimität für die EU kaum zurück zu gewinnen sein.

Angesichts der schwierigen Kräfteverhältnisse im neuen Europaparlament, die den Skeptikern und Populisten ein beträchtliches Störpotential besche-



ren, werden die etablierten demokratischen Parteien oft zum Konsens gezwungen sein. Dies dürfte für die Wahrnehmung der EU-Politik allerdings problematisch werden. Denn für die BürgerInnen ist Politik nur erkennbar, wenn klare politische Alternativen formuliert werden. Gelingt dies nicht, erhalten die Populisten und Europaskeptiker weiteren Spielraum, um die klassischen Leitdifferenz zwischen linker oder rechter Politik durch die Differenzierung zwischen Pro- und Anti-Europäern, mehr oder weniger Europa, zu ersetzen. Dabei kann Europa nur verlieren.

Dr. Uwe Optenhögel, Direktor EU-Office der Friedrich-Ebert-Stiftung

◆ **Solidarität und Stärke**

Wir leben in stürmischen Zeiten. Die Europäische Union befindet sich inmitten der größten Krise ihrer Geschichte und erstmals an einem Punkt, an dem das europäische Einigungs- und Friedensprojekt ernsthaft bedroht ist.

Die anhaltende Wirtschafts- und Finanzkrise führt zu Zukunfts- und Abstiegsängsten in weiten Teilen unserer Gesellschaften. Sie droht das Versprechen einer langfristig besseren Zukunft für die Bürger/innen der Europäischen Union zunichte zu machen. Populistische Akteure nutzen diese Unsicherheit zu ihren Gunsten und haben europaweit Zulauf. Kernelemente der EU, wie die Freizügigkeit, werden in Frage gestellt, aber auch unsere liberale Gesellschaftsordnung und teilweise die Demokratie als politisches System an sich.

Gleichzeitig steht die europäische Friedensordnung im wahrsten Sinne des Wortes unter Beschuss. Die russische Regierung hat einen Teil eines souveränen europäischen Staats annektiert und einen Krieg im Osten der Ukraine angezettelt. Der gewaltsame Nationalismus und das Denken in Einflussphären von Großmächten ist zurück auf der politischen Tagesordnung. Wer hätte das gedacht in einem Jahr, in welchem des Beginns des ersten Weltkrieges vor 100 Jahren gedacht wird und damit des Abgrunds des Nationalismus, der so viel Leid über diesen Kontinent und die Welt gebracht hat.

Damit ist vieles, was in der EU lange als selbstverständlich galt, zur Disposition gestellt und muss neu begründet und von überzeugten Europäer/innen aktiv verteidigt werden. Dazu gehört die

Bedeutung einer kooperativen statt konfrontativen Politik einschließlich geteilter Souveränität von Nationalstaaten und das Eintreten für Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit.

Um diese Güter zu erhalten und die Europäische Union zum Wohle ihrer Bürger/innen weiter zu entwickeln, braucht es zweierlei. Zum einen eine Politik, welche europäische Solidarität ins Zentrum stellt. Als Wirtschaftsgemeinschaft ist die EU insgesamt und insbesondere die Euro-Gruppe auf das Wohlergehen aller ihrer Mitglieder angewiesen. Eine Austeritätspolitik alleine ist vor diesem Hintergrund keine hinreichende Antwort auf die Finanzkrise, da sie Millionen von Europäer/innen und ganzen Volkswirtschaften keine Zukunftsperspektive eröffnet. Sie verkennt auch die gemeinsame Verantwortung für die heutige Krise, welche gemeinsame, und eben nicht einseitige, Anstrengungen zu ihrer Überwindung notwendig macht. Als Werte- und Friedensgemeinschaft wiederum stehen alle Mitglieder der EU in der Verantwortung, die Sicherheitsbedürfnisse aller anderen Mitglieder ernst zu nehmen und aktiv dazu beizutragen, die europäische Friedensordnung zu garantieren, einschließlich in unserer Nachbarschaft.


Damit verbunden ist eine Politik der Stärke, auf welche sich die EU besinnen sollte. Das beinhaltet eine Wirtschafts- und Industriepolitik, welche mit nachhaltigen Investitionen die Stellung der EU als globale Wirtschaftsmacht langfristig sichert. Und es gilt, die sicherheitspolitische Krise zu nutzen, um die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik substantiell voran zu treiben.

Dies ist nicht die Zeit für Verzögerung und eine Rückkehr zur Kleinstaaterei, sondern für alle überzeugten Europäer/innen, unsere Zukunft gemeinsam und selbstbewusst anzupacken.

Bastian Hermisson, Leiter des EU-Büros der Heinrich-Böll-Stiftung

◆ **Europa einmal anders betrachtet: Oder, wenn ein Seehund über die EU nachdenkt**

Am 25. Mai 2014 wurde das Europäische Parlament gewählt. Mehr als 500 Millionen Unionsbürger aus 28 Mitgliedsstaaten konnten in freien, geheimen und vor allem direkten Wahlen ihre parlamentarischen Vertreter bestimmen. So viele wie noch nie zuvor. Dabei reichte die politische Stim-



mungslage in vielen EU-Mitgliedstaaten von Gleichgültigkeit über Europamüdigkeit bis hin zu offener Europa-Skepsis und Ablehnung.

Gerade eine liberale Stiftung, die offensiv für ein Europa der Freiheit und der Bürger eintritt, konnte dies nicht kalt lassen. Neben den klassischen Diskussionen wollten wir Europa einmal anders betrachten und baten Comiczeichner, uns unter dem Leitmotiv „Animate Europe“ ihre Geschichte von Europa zu erzählen. Mit dem Comicband und der Wanderausstellung „Animate Europe“ werden Leser bzw. Betrachter angeregt, über das Wesentliche der europäischen Gemeinschaft nachzudenken, etwa wenn sie verfolgen, wie „eine schrecklich nette Familie“ sich zusammenrauft und mit dem Bau eines Schwimmbads erstmals ein gemeinsames Projekt angeht oder wenn sie die Gebrüder Wilde auf ihrer Reise in die spanische Enklave Ceuta in Nordafrika begleiten. In den Worten des Fernsehautors Thorsten Ernst aus Deutschland: „Comics bieten auch denen einen Zugang zum Thema Europa, die nicht an Bürokratie und abgehobener Politik interessiert sind.“ Und genau das braucht ein liberales Europa in Krisenzeiten, ein neues Medium, das zum Nachdenken anregt und mit dem positiv und zukunftsorientiert für das Friedens- und Freiheitsprojekt Europa geworben wird.

Der Gewinner des Comic-Wettbewerbs, Marco Tabílio, verkörpert übrigens selbst am besten die Essenz Europas: er ist Italiener, lebt in Deutschland und zeichnete die Geschichte eines niederländischen Philosophen auf Englisch. Der 26-jährige Comiczeichner, Illustrator und Videokünstler hat mit „Erasmus and the Seal“ eine Bilderfolge geschaffen, in der der Philosoph und große Aufklärer Erasmus von Rotterdam im Bauch eines Walfisches mit einem Seehund über Europa diskutiert. Tabílios Seehund spricht dabei auch die aktuellen Herausforderungen der Europäischen Union an: Grenzen, Migration, Währungsunion, Mobilität und die Unterschiede zwischen dem Süden und Norden Europas. Doch, wie der kluge Seehund richtig bemerkt: „good ideas need doubt!“.

Die Resonanz auf „Animate Europe“ war überwältigend. Der Comicband musste innerhalb kürzester Zeit nachgedruckt werden; die Wanderausstellung unserer Comic-Helden erreichte an ihren bislang über 30 nationalen und internationalen Ausstellungenorten über 34.000 Menschen, so etwa bei der

Comic-Messe in Erlangen, dem Jugendforum des Europäischen Parlaments in Straßburg oder an Schulen. „Diese Initiative der Friedrich Naumann Stiftung war eine großartige Gelegenheit für Menschen mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen, ihr Talent zu zeigen und ihre Vision für Europa vorzustellen. Einmal mehr zeigt sich, dass Comics ernste Themen transportieren können,“ urteilte die polnische Comiczeichnerin Marzena Sowa.

Auch 2015 wird die Reise weitergehen – erster Stopp: Wien! Und der Wettbewerb geht in die nächste Runde. Mit „Animate Europe – Fast Forward“ bitten wir Comiczeichner, die Zeit vor zu spulen und einen Blick in die Kristallkugel zu werfen: Wie wird Europa in der Zukunft aussehen? Wird es zusammenhalten und seine Herausforderungen gemeinsam meistern? Welche Rolle wird es in der Welt spielen? Wir sind gespannt!

Mehr zu unserer Arbeit und zu Animate Europe <http://fnf-europe.org/animate-europe-2>

*Hans H. Stein
Leiter des Regionalbüros Europäische Institutionen
und Nordamerika der Friedrich Naumann Stiftung
für die Freiheit, Brüssel*



★ TTIP – Wir müssen reden!

Unter diesem Titel hat die Europa-Union Deutschland zusammen mit Partnern einen Diskurs im Oktober 2014 gestartet, der eine Plattform für die Bürgerinnen und Bürger schaffen soll, die möglichen Inhalte der geplanten „Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft“



zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika kontrovers zu diskutieren. Nach meiner Kenntnis, ist dies der erste Versuch, die Bemühungen von Befürwortern und Gegnern, die bisher ihre Positionen zum geplanten Abkommen mit eigenen Publikationen, Veranstaltungen und Aktionen zu verdeutlichen versuchten, in einem fairen, transparenten Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern zu besprechen, ja erstmals mit ihnen überhaupt ins Gespräch kommen zu wollen über die komplexen Inhalte des geplanten Abkommens. Mit den Bürgerdialogen leistet die Europa-Union Deutschland einen Beitrag zu mehr Transparenz im politischen Prozess. Etwas das nach häufig geäußelter Meinung in unserem Land nicht sehr oft vorkomme, aber notwendig sei, um dem politischen Verdruss, sofern er denn in der Bevölkerung wirklich besteht, entgegen zu treten. Der Vollständigkeit halber sei an dieser Stelle erwähnt, dass am 7. Oktober in Kiel, am 15. Dezember in Nürnberg, am 20. Januar in Leverkusen und am 19. Februar in Pforzheim bereits erste Bürgerdialoge stattgefunden haben. Informationen hierzu unter www.europa-union.de

Bei dem Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs am 18. Dezember 2014 in Brüssel findet sich in den Schlussfolgerungen zu TTIP eine Aufforderung an die europäische Kommission, die Verhandlungen innerhalb des nächsten Jahres abzuschließen. Der Europäische Rat „ruft dazu auf, das multilaterale Handelssystem weiter zu stärken und bilaterale Handelsabkommen mit den wichtigsten Partnern zu schließen. Die EU und die Vereinigten Staaten sollten alles daran setzen, um die Verhandlungen über ein ehrgeiziges, umfassendes und für beide Seiten vorteilhaftes TTIP-Abkommen bis Ende 2015 zum Abschluss zu bringen.“ Der Europäische Rat will sich regelmäßig einen „Über-

blick über die Umsetzung (...) verschaffen. Ein Hinweis, die jeweilige Bevölkerung über den Stand und die Inhalte der Verhandlungen zu informieren, bzw. zu beteiligen fehlt in den Schlussfolgerungen nach meiner Kenntnis. Hier sollte der Europäische Rat nachbessern und bei seiner Tagung im Februar 2015 endlich anerkennen, dass es weniger auf den Zeitfaktor ankommt, sondern verstärkt über die in der breiten Öffentlichkeit nicht nur in Deutschland oder Österreich vorgebrachten inhaltlichen Punkte wie Investorenschutzklausel mit einer eigenen Schiedsgerichtsbarkeit oder der möglichen Absenkung von Verbraucherschutzstandards zu sprechen und die vorgebrachten Argumente aus der Bevölkerung ernst zu nehmen. Es ist nicht zielführend immer dann von Transparenz zu sprechen, wenn es in Sonntagsreden gut klingt, nein es muss auch Transparenz, Offenheit und die berechnete Berücksichtigung von guten Argumenten im politischen Prozess geben, auch wenn es im ersten Moment doch recht unangenehm erscheint. Wenn beispielsweise bei der Zulassung, dem Anbau und Verkauf von gentechnisch veränderten Lebensmitteln unterschiedliche Rahmenbedingungen bei gesetzlichen Bestimmungen und allgemeinen Rechtsgrundsätzen bestehen ist darauf zu achten, dass zuallererst Transparenz hergestellt wird. Wenn in den Vereinigten Staaten von Amerika und wohl auch in Kanada nicht grundsätzlich das Vorsorgeprinzip gilt, d.h. dass vor der Zulassung von gentechnisch veränderten Lebensmitteln und Pflanzen eine wissenschaftlich fundierte Risikobewertung vorzunehmen ist, wenn es dort keine institutionelle Trennung zwischen Zulassungsbehörde, in Europa die Europäische Lebensmittelbehörde (EFSA), und den politischen Entscheidungsstrukturen gibt, wenn das Herstellungsverfahren keine Berücksichtigung bei der Zulassung eines Lebensmittels findet oder gar keine Kennzeichnungspflicht für gentechnisch veränderte Lebensmittel besteht, dann ist das erste Gebot der Stunde Transparenz für die europäische Bevölkerung, denn die hat sich eindeutig zu diesem Thema positioniert. Deshalb muss eine komplette Gentechnikfreiheit auch in Zukunft garantiert und auf den Produkten auch kenntlich gemacht werden können. Das ist die Transparenz die notwendig ist. Und natürlich ist es nicht wirklich hilfreich für die Verbraucher, wenn es in Zukunft nicht mehr möglich sein sollte, regionale Spezialitäten als solche auch zu erkennen. Um zu einer abgewogenen Einschätzung des geplanten Abkommens zu gelangen, sollten auch bereits bestehende Verträge unter die Lupe genommen werden. So wäre zu klären, ob das Nordamerikanische Freihandelsabkommen NAFTA zwischen

Kanada, den Vereinigten Staaten von Amerika und Mexiko, das seit dem 1. Januar 1994 eine Freihandelszone auf dem nordamerikanischen Kontinent geschaffen hat, die seinerzeit genannten Vorzüge wirklich geschaffen hat oder vielleicht zum Teil das Gegenteil eingetreten ist? Dieses Abkommen hat, da es sich um ein zwischenstaatliches Abkommen handelt, keine Vorrangposition gegenüber den jeweiligen nationalen Gesetzgebungen und nimmt keine supranationalen Regierungsfunktionen wahr. Es ist deshalb nicht direkt vergleichbar mit dem bereits von der Europäischen Kommission ausgehandelten Handelsabkommen CETA mit Kanada.

Was bleibt zu tun? Es gibt zuallererst keine Eilbedürftigkeit. Geplante Abkommen allein an den Wahlperioden sei es auf amerikanischer, sei es auf europäischer Seite zu orientieren ist alles andere als sinnvoll.

Es bleibt zu klären, wie Investor-Staat-Streitschlichtungsverfahren gestaltet sein müssten, um keinen Eingriff in die bestehende Sozial- und Rechtsstaatlichkeit zuzulassen. Mit den am 13. Januar 2015 von der Kommission veröffentlichten Ergebnissen der durchgeführten Konsultation zu TTIP, an der sich über 150.000 Personen und Institutionen beteiligt haben, ergibt sich nun die Möglichkeit, verlorenes Vertrauen der Bevölkerung zurück zu gewinnen. Wenig hilfreich ist dabei die Einschätzung, dass es sich vielfach um gleichlautende Antworten gehandelt habe. Vielmehr müssen jetzt nicht nur wie die zuständige Kommissarin angekündigt hat, Gespräche mit den Ministern, mit Europaparlamentariern, mit Vertretern der Zivilgesellschaft und anderen geführt werden, das ist selbstverständlich. Nein, die Argumente, die in der Konsultation zu dem vorgesehen Verfahren bei der Streitschlichtung und dem Investorenschutz genannt worden sind, müssen in einem transparenten Diskurs mit den Bürgerinnen und Bürgern aufgegriffen werden. Letztlich ist das eine Frage der Ausgestaltung der Demokratie, die im 21. Jahrhundert wahrlich anders zu beantworten ist als in der Vergangenheit. Dieser Frage ist die Politik verpflichtet, nicht zuletzt durch die Eidesformel, der sich Minister und Kanzler der Bundesrepublik unterziehen müssen: „Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, (...) werde.“

Auch für die Europa-Union Deutschland bleibt die Aufgabe auf der Tagesordnung. Es wäre wunderbar, wenn auch in den anderen Ländern der Euro-

päischen Union die Zivilgesellschaft ermuntert werden könnte: TTIP Wir müssen reden!

Ralf Bingel

Mitglied im Präsidium der Europa Union Deutschland

★ Die EU: Mögliche objektive Aspekte

Ganz bewusst möchte ich diese Reflexion nicht mit den heutzutage so beliebten schnellen Gefühlen, subjektiven Erfahrungen oder einer




exhibitionistischen Selbstdarstellung beginnen. Der allgemein verbreitete Voyeurismus wird allabendlich zur Prime Time leider auch bei den öffentlich-rechtlichen Medien ausreichend bedient. Kitschige, sentimentale Heimatfilme, Soaps und der beliebig eitle Klatsch der Talkshows verkleistern die Gehirne und Herzen der europäischen Bürger. Hier findet sich eine immer wieder überraschende und freiwillige Gleichschaltung der Medien in der EU; unzweifelhaft eine der billigsten und geistig bequemsten Arten, Menschen zu unterhalten oder zu zerstreuen.

Dabei hätten gerade die öffentlich-rechtlichen Medien die Pflicht und Schuldigkeit, über die objektiven Werte der EU aufzuklären und sie aus verschiedenen Perspektiven - unterhaltend oder dokumentarisch - zu vermitteln; stattdessen verstärken sie eher die Klischees und Vorurteile über Europa.

Die objektiven Werte der EU waren nicht der einzige, aber ein entscheidender Grund, warum ich vor 19 Jahren zum ersten Mal beruflich nach Brüssel gekommen bin. Und sie stellen auch weiterhin den wichtigsten Grund dar, warum ich, trotz aller Widrigkeiten, die dieser Ort auch bietet, hier voller Überzeugung lebe und arbeite. Diese Werte möchte ich hier skizzieren.

Man muss nicht unbedingt am 2. Weltkrieg teilgenommen haben, wie so oft behauptet, um zu verstehen, dass die EU die bedeutendste politische Erfindung der Menschheitsgeschichte ist. Sicher ist



sie noch lange nicht vollendet und sie wird sich immer weiterentwickeln und anpassen müssen, um dem Wandel der geistes- und naturwissenschaftlichen Erkenntnisse und deren technologischen und sozio-ökonomischen Folgen Rechnung zu tragen.

Über Jahrtausende haben sich die Völker und Nationen Europas regelmäßig in politisch sinnlosen Kriegen gegenseitig abgeschlachtet und zerstört. Seit fast 70 Jahren herrscht nun Frieden und immer enger werdende wirtschaftliche, politische und kulturelle Zusammenarbeit. Noch nie in der Menschheitsgeschichte haben sich so viele unterschiedliche Völker und Kulturen so friedlich und gleichberechtigt politisch und wirtschaftlich verzahnt und ergänzt. Das Vorurteil, das Soziale käme dabei in der EU zu kurz, wird durch die sogenannten Strukturfonds widerlegt. Die Strukturfonds regeln einen sozialen und wirtschaftlichen Ausgleich unter den Mitgliedsstaaten und machen trotz aller Einsparungen noch immer über 80 % des EU-Budgets aus. Sie bewirken eine politische Kohäsion und die Förderung von wirtschaftlich und sozial unterentwickelten Regionen.

Noch beeindruckender als diese Politik des sozialen und wirtschaftlichen Ausgleichs ist die Kraft und Dynamik des bisher immer noch unvollendeten europäischen Binnenmarktes, einschließlich gemeinsamer Währung. Noch nie in der europäischen Geschichte gab es so viel Wohlstand für so viele Menschen. Dazu trägt vor allem der durch die politisch, wirtschaftlich und national unabhängige Europäische Kommission garantierte Schutz eines fairen Wettbewerbs und die Durchsetzung von noch nie dagewesenen europaweiten hohen Standards und Normen im Bereich der technischen Qualität und Sicherheit, des Verbraucherschutzes, der Gesundheit, des Umweltschutzes und der sozialen Arbeits- und Lebensbedingungen bei. Ebenso entscheidend für diesen Erfolg sind aber auch die Freizügigkeiten des Binnenmarktes bezüglich der vier Bereiche Waren, Dienstleistungen, Personen und Kapital über alle Grenzen der EU-Mitgliedsländer hinweg, die einerseits zu mehr Wettbewerb und damit zu niedrigeren Preisen und besserer Qualität zugunsten aller Bürger in Europa führen, andererseits aber auch zu höherer individueller Freiheit und Mobilität und damit zu intensiverem Kulturaustausch.

Auch die jetzige Staatsschulden- und die daraus folgende Wirtschaftskrise in einigen EU-Ländern ändert nichts an diesen, während der letzten 60 Jahre neu geschaffenen objektiven Werten und diesem historisch einmaligen Fortschritt innerhalb der EU. Gerade die von der Krise besonders betroffenen Länder waren vor ihrem Beitritt zur EU wirtschaftlich wesentlich unterentwickelter und galten mit Recht als die Armenhäuser Europas. Ohne die umfassende Unterstützung und Solidarität durch ihre EU-Partnerländer würden sie wieder - in diesem Fall politisch selbst verschuldet - zu Entwicklungsländern werden. Aber Krisen innerhalb der EU waren bisher - im Laufe der letzten 60 Jahre ihrer Entwicklung - immer wieder auch Anlass einer neuartigen Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen ihren Mitgliedsländern, so wie es gerade im Bereich der Finanz- und Wirtschaftspolitik geschieht.

Schließlich möchte ich noch ein anderes, auch unter vermeintlichen Fachleuten weit verbreitetes Vorurteil widerlegen, nämlich, dass es ein großes Demokratiedefizit innerhalb der EU geben würde. Jeder Bürger der EU ist in vielfacher Hinsicht an den Entscheidungsprozessen in Brüssel beteiligt; nicht nur indirekt durch die von ihm gewählte Regierung im Europäischen Rat der Regierungschefs bzw. im Ministerrat, sondern auch durch die von ihm direkt gewählten Abgeordneten des Europäischen Parlaments, das seit dem Vertrag von Lissabon in nahezu allen Politikbereichen gleichberechtigt mit dem Rat mitentscheidet, sowie durch seine von ihm gewählten nationalen Parlamente, die ebenfalls seit dem Vertrag von Lissabon in alle Entscheidungen einbezogen werden können, und nicht zuletzt durch von ihm selbst organisierte Bürgerinitiativen mit direktem Gesetzesvorschlagsrecht im Europäischen Parlament. Hinzu kommt, dass die Europäische Kommission jeden neuen Gesetzesentwurf der EU zunächst, und bevor Parlament und Rat darüber diskutieren dürfen, zur allgemeinen Konsultation und möglichen Kommentierung durch jeden Bürger freigibt, was z. B. auch die deutsche Bundesregierung nicht in diesem Masse transparent gestaltet.

Natürlich kann man mir jetzt all die genauso objektiv noch vorhandenen Unzulänglichkeiten entgegenhalten, wie die immer noch zu bürokratischen Prozeduren innerhalb der Europäischen Kommission, der noch unvollendete Binnenmarkt (z. B. im Energie-, Telekommunikations- und Verkehrsbe-

reich) oder wie die bisher trotz der dazu neu geschaffenen Institution erst rudimentär funktionierende gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Aber zum einen ändern diese Mängel nichts an den genannten, schon erreichten historisch einmaligen Werten und Fortschritten, und zum anderen wird in Brüssel an der Behebung dieser Mängel täglich und systematisch gearbeitet.

Ich denke, jeder Mensch, der eines einigermaßen funktionierenden Verstandes mächtig ist und sein Herz am rechten Fleck hat, kann den genannten objektiven Werten und Fortschritten der EU zustimmen und ihren historisch einmaligen Charakter nachvollziehen. So kann es auch niemand überraschen, dass es für mich persönlich eine Ehre und erfüllende Lebensaufgabe war, ist und bleibt, an diesem menscheitsgeschichtlich bedeutenden Werk mitzuarbeiten. Es ist in diesem Zusammenhang auch kein Zufall, dass die EU für andere Staatenverbände auf anderen Kontinenten (z. B. für ASEAN oder Mercosur) ein Vorbild ist und dort in vieler Hinsicht versucht wird, von ihren Erfahrungen zu lernen.

Dr. Robert Henkel

★ Neuer EU-Botschafter Reinhard Silberberg setzt „schöne Tradition“ der EUD-Debriefings fort

Am 27. Oktober berichtete erstmalig der neue Ständige Vertreter Deutschlands bei der EU, Reinhard Silberberg, auf Einladung der EUD Brüssel im Goethe-Institut über das Treffen des Europäischen Rates, bei dem am 23./24. Oktober u.a. die Einsetzung der neuen EU-Kommission beschlossen worden war. Er freute sich die „schöne Tradition fortzusetzen“, so der frühere deutsche Botschafter beim Königreich Spanien, der im Sommer 2014 sein Amt mit dem bisherigen EU-Botschafter Peter Tempel gewechselt hatte. Der Vorsitzende der EUD Brüssel, Prof. Dr. Michael Köhler, dankte nochmals beiden Botschaftern für ihre Bereitschaft, das interessierte Brüsseler Publikum im Rahmen der EUD-Debriefings aus erster Hand über die Ereignisse bei den EU-Ratstreffen zu informieren.

In der Laufbahn von Botschafter Silberberg ist es die zweite Station in Brüssel, wo er bereits zwischen 1990 und 1992 für die Ständige Vertretung tätig war. „Die Unterschiede zu damals könnten

größer nicht sein“, so der EU-Botschafter. Zwischen der Gemeinschaft der 12 und der heutigen Union der 28 Mitgliedstaaten lägen „Welten“. Anfang der 90er Jahre seien u.a. die Verhandlungen zum Maastricht-Vertrag im Vordergrund gestanden: „Wir hätten damals nicht gewagt zu träumen, was die EU heute alles macht“. Diese Fortschritte dürften bei allen Herausforderungen, denen die EU heute gegenüber stehe, nicht aus dem Blick geraten.



Botschafter Silberberg beim EUD-Ratsdebriefing im Brüsseler Goethe-Institut. Foto: EUD Brüssel.

★ „Neue Kommission - neue Schwerpunkte? Erste Lehren aus der Anhörung der designierten Kommission“

Am 20. Oktober luden die EUD Brüssel und die Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz bei der EU zur Podiumsdiskussion „Neue Kommission - neue Schwerpunkte? Erste Lehren aus der Anhörung der designierten Kommission“ ein. Auf dem Podium diskutierten die EU-Korrespondentin der Süddeutschen Zeitung, Cerstin Gammel, der frühere Generaldirektor der GD Binnenmarkt und Wettbewerb, Dr. Alexander Schaub, sowie der Direktor des Brüsseler Think Tanks Bruegel, Dr. Guntram Wolff. Moderiert wurde die Diskussion von Benjamin Hartmann (EUD Brüssel).

Unter dem Eindruck der Anhörungen der designierten Kommissare beurteilte Cerstin Gammel die teilweise äußerst kurze Vorbereitungszeit (insbesondere der nachnominierten Kandidatin Violeta Bulc) skeptisch und bezeichnete das EP vor diesem Hintergrund als „Durchwink-Parlament“. Dem widersprach Dr. Alexander Schaub, der die Viel-

zahl an Persönlichkeiten mit politischer Erfahrung in der neuen Kommission hervorhob. Nach Einschätzung von Dr. Guntram Wolff hätten sowohl die Kommission als auch das Parlament in den vergangenen Jahren an Kompetenzen hinzugewonnen, die es nun in erfolgreiche Politik umzusetzen gelte. Dabei sah er insbesondere die Erfahrung von Jean-Claude Juncker als langjähriger Chef der Eurogruppe (und damit als Krisenmanager) als Stärke des neuen Kommissionspräsidenten.



v.l.n.r.: Benjamin Hartmann (EUD Brüssel), Dr. Guntram Wolff (Bruegel), Dr. Alexander Schaub (Generaldirektor a.D.), Cerstin Gammelmin (SZ). Foto: EUD Brüssel.

★ Gemeinsame Weihnachtsfeier der Brüsseler Föderalisten

Am 9. Dezember fand erneut die gemeinsame Weihnachtsfeier des Brüsseler Verbandes der Europa-Union Deutschland und ihrer Partnerorganisationen, der Union der Europäischen Föderalisten (UEF) und der Jungen Europäischen Föderalisten (JEF) in Brüssel statt. Bei einem Glas Glühwein konnten die gut 50 Gäste über europapolitische Themen diskutieren, neue Bekanntschaften knüpfen und einen geselligen Abend miteinander verbringen. Die Weihnachtsfeier hat sich seit nunmehr 6 Jahren als Treffpunkt der Brüsseler Föderalisten etabliert und ist aus dem hiesigen Veranstaltungskalender nicht mehr wegzudenken.

★ Ministerpräsident Winfried Kretschmann zu Gast bei der EUD Brüssel

Gemeinsam mit der Vertretung des Landes Baden-Württemberg bei der EU und dem Brüsseler Goethe-Institut lud die EUD Brüssel am 4. Dezember zu einer Diskussionsveranstaltung mit dem Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg, Winfried Kretschmann MdL, ein. Im Gespräch mit Christopher Ziedler von der Stuttgarter Zeitung stellte sich Ministerpräsident Kretschmann aktuellen Fragen der Europapolitik. Themen waren u.a. Subsidiarität und bessere Rechtssetzung, Wettbewerbsfähigkeit und Digitalisierung, Migration und Asyl sowie Europas Rolle in der Welt.



Ministerpräsident Kretschmann im Gespräch mit Christopher Ziedler (StZ). Foto: Vertretung des Landes Baden-Württemberg bei der EU.

★ Brüsseler Verband der Europa Union schlägt Brücken: Ypern-Fahrt 2014

Anlässlich des 100. Jahrestages des Beginns des 1. Weltkriegs organisierte der Brüsseler Verband der Europa Union im Oktober eine Exkursion ins flandrische Ypern, einem der Schauplätze dieses verheerenden Krieges.



Bei strahlendem Sonnenschein machten sich 50 Teilnehmer aus mehreren europäischen Ländern sowie den USA auf den Weg. Erster Anlaufpunkt in Ypern war das Flanders Fields Museum, das auf modernsten museumspädagogischer Stand das Leben auf der Flucht und den Kriegsalltag von

Zivilisten wie Soldaten eindrücklich nahebringt. Die interaktive Gestaltung der Ausstellung erlaubt dem Besucher ein individuelles Verweilen. Zeitdokumente, Filmausschnitte, Landschaftssimulationen und von Schauspielern gesprochene Kommentare vermitteln ein plastisches Bild der zeitgenössischen Wahrnehmung dieses Krieges. Die Tausenden von Gefallenen werden aus der Anonymität durch die fortlaufende Projektion ihrer Namen herausgerissen.



An den Museumsbesuch schloss sich eine Stadtführung an, die an den Soldatenfriedhöfen vorbei am Menentor endete. Dort wird den Gefallenen sowie den auch heute noch 54.896 Gefallenen, deren Grabstätten nicht bekannt sind, namentlich gedacht.



Auch heute noch ist das Menentor für Familienangehörigen aus aller Welt eine Anlaufstelle, wie die zahlreichen Mohnblumenkränze und -kreuze bewegend verdeutlichen.

Trotz des bedrückenden Anlasses war es eine anregende und nachdenklich stimmende Exkursi-

on in die Abgründe der europäischen Geschichte. Sie bot zugleich Gelegenheit zum gemeinsamen Erinnern.



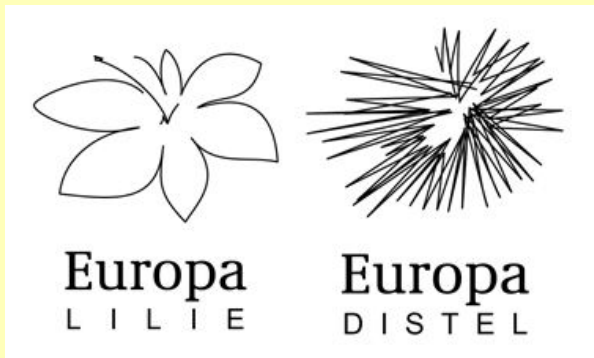
Weiterführende Informationen sind auf der Website der Stadt Ypern erhältlich:



<http://www.toerismeieper.be/de/page/157/ypern-1914---1918.html>.

★ Europapreise 2015

Um die immense Bedeutung des europäischen Engagements immer wieder ins öffentliche Bewusstsein zu rufen und den außergewöhnlichen Einsatz für die europäische Idee zu würdigen, verleiht Europa-Professionell, eine Gruppe von Europa-Expertinnen und -Experten innerhalb der Europa-Union Deutschland, jährlich vier Preise:



- Europa-Lilie für die herausragendste europapolitische Leistung des Jahres in Deutschland
- Europa-Lilie für bürgerschaftliches Engagement
- Europa-Lilie für europäische Jugendarbeit
- Europa-Distel für den größten europapolitischen Fauxpas des Jahres in Deutschland

Mit der Preisverleihung wollen wir eine breite Öffentlichkeit in Deutschland auf bedeutende Diskussionen bzw. Projekte mit europäischem Bezug aufmerksam machen. Ausgezeichnet werden sowohl Einzelpersonen, als auch Initiativen, Organisationen und Institutionen.

Jetzt sind Sie gefragt: Senden Sie uns Ihre Vorschläge für die Preisträgerinnen und Preisträger 2015 in den genannten vier Kategorien mit Hilfe des anliegenden Formulars bis zum 16. März an europa-preis@europa-union.de

Aus den eingereichten Vorschlägen nominiert das Europapreis-Kuratorium nach inhaltlicher und formeller Prüfung in jeder Kategorie drei Kandidaten. Auf www.europa-professionell.de können Sie aus den Nominierten anschließend Ihre Favoriten per Online-Abstimmung wählen.

Die feierliche Verleihung der Europapreise wird nach der Sommerpause stattfinden.

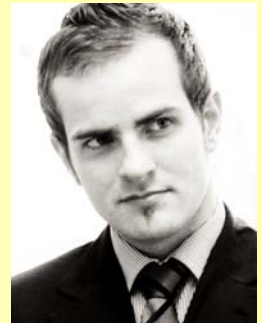
★ 10 Fragen an Johannes Theiss

1. Tätigkeit: Associate bei Steltemeier & Rawe European Affairs

2. In Brüssel seit: August 2012

3. Hobbys: Reisen, Musik (Konzerte oder der Griff zur Gitarre), Winter-/Wassersport, Fitness

4. Man trifft mich: mittags bei Giulio's Tavola am Square de Meeûs, im Europaparlament und dessen Umgebung, z.B. im ‚Gym‘ gegenüber oder der Sprachschule Marie Haps.



5. Mein Geheimtipp in Belgien: Wakeboarding oder Wasserski an der Kabelbahn Knokke-Heist (wenn das Wetter es denn zulässt).

6. Meine Buchempfehlung: Weltgeschichte von Manfred Mai – ein schöner Überblick für alle, die gerne ihr Gedächtnis auffrischen, aber sich dabei nicht allzu sehr konzentrieren wollen.

7. Lieblingszitat oder Motto: Mögen wir die Gelassenheit besitzen, Dinge hinzunehmen, die wir nicht ändern können, den Mut, Dinge zu ändern, die wir ändern können, und die Weisheit, das eine vom anderen zu unterscheiden.

8. Bei der Europa-Union bin ich dabei: ...weil ich trotz schwieriger Zeiten Farbe für mehr Europa bekennen will.

9. Europa bedeutet für mich: Im Winter nach Grenoble, im Sommer nach Barcelona, auf ein Wochenende nach London, Berlin oder Prag, Freunde in Rom besuchen oder arbeiten in Brüssel – so einfach kann man wohl nirgendwo so viele spannende Leute und Kulturen kennenlernen wie in Europa, und das ohne Risiko und aufwändige Vorbereitungen.

10. Mein Wunsch an Europa: Sich wieder mehr zu vertrauen, auf das Gemeinsame zu besinnen, Unterschiede als Ergänzung statt Barriere zu begreifen und so die Skeptiker eines Besseren zu belehren



★ Mitteilungen

Die Beitragsrechnungen für das Jahr 2015 werden in Kürze versandt.

Wenn Sie Ihren Beitrag für 2014 noch nicht entrichtet haben, so holen Sie dies bitte nach.

Wenn sich Ihre Anschrift oder E-Mailadresse ändert, so geben Sie uns bitte umgehend Bescheid.

★ Impressum

Europa-Union Deutschland e.V.
Verband Brüssel
c/o UEF
Square de Meeûs 25
B - 1000 Brüssel
Tel: 02 8086259 · Fax: 02 791 5795
E-Mail: info@eud-bruessel.eu

www.eud-bruessel.eu

Redaktion: Christoph Fuchs, Georg Becker
Redaktionsschluss: Januar 2015

Bankverbindung:

Konto: 363-0201214-76 (ING)
IBAN: BE91 3630 2012 1476
BIC: BBRUBEBB

Gerne nehmen wir **Gastbeiträge von EUD-Mitgliedern** in den Mitgliederbrief auf. Bei Interesse können Sie sich gerne an Christoph Fuchs wenden:

christoph.fuchs@europarl.europa.eu

